

Tagungs- zusammenfassung



Bürgerschaftliches Engagement fördern – kommunale Strategien für die Zukunft

Fachkongress am 9.10.2013 in Köln



Lebensbildung

www.mfkjks.nrw.de

Inhalt

- 3** Begrüßung und Einführung
Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
des Landes NRW
- 6** Grußwort
Anne Wellmann, Hauptreferentin beim Städte- und Gemeindebund NRW
- 8** Leitbild Bürgerkommune
Warum Engagement und Partizipation für die Zukunftsfähigkeit von Kommunen
notwendig sind – Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal
- 14** Engagementförderung vor Ort
Gelingensfaktoren und Stolpersteine, Instrumente und Maßnahmen
Petra Fuchs, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
- 21** Workshop 1: Vom Anfangen
„PackEnden“, Stolpersteine und Gelingensfaktoren
- 24** Workshop 2: Am Ball bleiben
Strategien und Maßnahmen nachhaltig verankern
- 26** Workshop 3: Landkreise im Fokus
Rolle und Möglichkeiten von Kreisverwaltungen in der Engagementförderung
- 28** Workshop 4: Engagement in den Medien
Tipps und Tricks zur Öffentlichkeitsarbeit
- 30** Workshop 5: Sichtbar machen
Wertschätzung und Bindung von Ehrenamtlichen
- 32** Impressum

Begrüßung und Einführung

Ute Schäfer

Ministerin für Familie, Kinder, Jugend,
Kultur und Sport des Landes NRW



Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste,

herzlich willkommen zu unserem Fachkongress „Bürgerschaftliches Engagement – kommunale Strategien für die Zukunft“! Schön, dass Sie alle nach Köln gekommen sind!

Die Landesregierung unterstützt die Kommunen bei der Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements. Das wird auch in der Koalitionsvereinbarung 2012-2017 deutlich erklärt.

Wir sind hier schon seit einiger Zeit aktiv. So wurde mit der Einführung der Ehrenamtskarte ein Instrument geschaffen, das in Kooperation zwischen Kommunen und Land die Anerkennungskultur für das Bürgerschaftliche Engagement pflegt und fördert. Eine erfolgreiche Allianz, wie die über 20.000 ausgegebenen Karten in mittlerweile 186 Kommunen* belegen können.

* Stand: 9.10.2013

Mit der Förderung des Projekts „Zukunftsfaktor Bürgerengagement – Entwicklungswerkstatt für Kommunen“ konnten wir 2011 einen weiteren Impuls für die lokale Engagementförderung und den interkommunalen Austausch geben.

In der Pilotphase im vergangenen Jahr wurden zehn Standorte bei der Entwicklung von Strategien zur Engagementförderung begleitet. Sie haben innerhalb kürzester Zeit vieles vor Ort auf den Weg gebracht. Als die Ergebnisse im Dezember vergangenen Jahres bei uns im Familienministerium vorgestellt wurden, hat mich das sehr beeindruckt!

Einige der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Pilotphase sind auch an der Gestaltung dieses Kongresses beteiligt. Dafür ein herzliches Dankeschön!

Mit einer neuen Ausschreibung haben wir in diesem Jahr die zweite Runde der Entwicklungswerkstatt eingeläutet. Die große Zahl der Bewerbungen hat uns gezeigt, dass sich viele Kommunen auf den Weg machen, die lokale Engagementförderung strategisch anzugehen.

Deshalb veranstalten wir diesen Fachkongress, der sich an alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen richtet. Er soll eine über die Entwicklungswerkstatt „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“ hinausgehende Plattform für den interkommunalen Austausch sein.

Für die zehn Kommunen, die wir für die zweite Runde von „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“ ausgewählt

haben*, ist dieser Fachkongress gleichzeitig Projekt-Auftakt für die Entwicklungswerkstatt.

Ich begrüße sehr herzlich alle Vertreterinnen und Vertreter der heute teilnehmenden Kommunen – darunter eine ganze Reihe von Bürgermeistern und Beigeordneten.

Ebenso herzlich begrüße ich Frau Wellmann, Hauptreferentin beim Städte- und Gemeindebund als Vertreterin der kommunalen Spitzenverbände. Städte- und Gemeindebund, Städtetag und Landkreistag NRW haben wir als Berater und Multiplikatoren beim Thema lokale Engagementförderung an unserer Seite. Sie sind auch Partner der heutigen Veranstaltung. Herzlichen Dank für diese Unterstützung!

An dieser Stelle danke ich auch sehr herzlich dem Projektträger der Entwicklungswerkstatt – heute vertreten durch Herrn Professor Bergold sowie die Projektleiterinnen Frau Mörchen und Frau Dr. de Jong vom Katholisch-Sozialen Institut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie haben sicherlich die vielen bunten Würfel im Eingangsbereich gesehen und vielleicht auch schon die Gelegenheit gehabt, sich mit den Zahlen auf den Würfeln näher zu beschäftigen:

* Alsdorf, Beckum, Bergheim, Hagen, Hellenthal, Kirchlingern, Lünen, Nieheim, Velbert und Witten

- Rund 5 Millionen Menschen engagieren sich in NRW freiwillig, das ist etwa ein Drittel der NRW-Bevölkerung.
- 4,3 Stunden sind die Ehrenamtlichen durchschnittlich pro Woche aktiv.
- Ein großer Teil der Engagierten ist in Vereinen organisiert. Davon gibt es in NRW über 115.000.
- Rund 80% des Bürgerschaftlichen Engagements findet auf kommunaler Ebene statt.



Das zeigt, welche Bedeutung das Bürgerschaftliche Engagement für das Land und für die Kommunen hat. Die Sozial-, Jugend- und Familienarbeit, der Sport und die Kultur, die Selbsthilfeorganisationen, die Feuerwehr, die Rettungsdienste und viele andere Bereiche sind ohne das Bürgerschaftliche Engagement nicht vorstellbar.

Bürgerschaftliches Engagement sichert den sozialen Zusammenhalt und fördert die gesellschaftliche Teilhabe.

Bürgerschaftliches Engagement entwickelt neue Ideen und praxisorientierte Lösungen.

Und Bürgerschaftliches Engagement ist unverzichtbare Grundlage einer lebendigen, starken Demokratie.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie alle wissen aus Ihrer täglichen Praxis um die gesellschaftliche Bedeutung Bürgerschaftlichen Engagements. Wir alle wissen aber auch, dass ein gutes Miteinander in unserer Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit ist und wir uns daher auch die Frage stellen müssen, wie wir das Bürgerschaftliche Engagement sozusagen „am Laufen“ halten können.

Die Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements wird in Zukunft eher noch zunehmen. Es gewinnt durch den demografischen Wandel an Bedeutung – aber auch zum Beispiel durch veränderte Familienstrukturen oder die Mobilitätsanforderungen der Arbeitswelt. Dadurch

entsteht mehr Raum und Bedarf für Bürgerschaftliches Engagement.

Wir brauchen deshalb zukunftsfähige Rahmenbedingungen für das Bürgerschaftliche Engagement. Und dazu gehören verlässliche Ansprechpartner, Information, Beratung und Qualifizierung genauso wie Anerkennung und Wertschätzung.

Worum es nicht gehen kann, ist Bürgerschaftliches Engagement zu verordnen oder zu steuern. Das würde auch gar nicht funktionieren. Die Bürgerinnen und Bürger wollen selbst entscheiden, ob, in welchen Bereichen und in welcher Intensität sie sich engagieren. Bürgerschaftliches Engagement ist eigensinnig und selbstbewusst. Das gilt es nicht nur anzuerkennen sondern auch zu schützen.

Ich habe es eingangs erwähnt: 80 Prozent des Bürgerschaftlichen Engagements entfaltet sich auf kommunaler Ebene. Städte, Gemeinden und Quartiere sind der Gestaltungsraum für Bürgerschaftliches Engagement. Daher müssen günstige Rahmenbedingungen, Strategien zur Ermutigung und Anerkennung für zivilgesellschaftliches Handeln genau hier ansetzen und greifen.

Kommunale Strategien und Projekte zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements sind genauso vielfältig wie das Bürgerschaftliche Engagement selbst. Und das ist gut und richtig! Das Erfolgsrezept gibt es nicht, aber es muss auch nicht ständig das Rad neu erfunden werden.

”

Kaum ein Bereich ist so vielfältig wie das Bürgerschaftliche Engagement. Will man es fördern, muss man ermöglichen, würdigen und unterstützen – ohne steuernd einzugreifen.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW, 2013

Viele von Ihnen haben die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements schon lange als wichtige Zukunftsaufgabe definiert. Entsprechend weit sind Sie bei der Entwicklung von Leitbildern, beim Aufbau von Strukturen, bei der Initiierung von Vernetzungen und konkreten Projekten.

Dieser Kongress – den wir im zwei-Jahres-Rhythmus weiterführen wollen – bietet Ihnen eine Plattform, um verschiedene Wege der Engagementförderung kennenzulernen und sich untereinander auszutauschen.

Ich freue mich sehr, dass Sie alle diese Möglichkeit nutzen wollen. Und ich wünsche Ihnen dabei interessante Einblicke und Diskussionen – und gute Ergebnisse.

Vielen Dank!



Grußwort

Anne Wellmann

Hauptreferentin beim Städte- und
Gemeindebund NRW

Ich freue mich sehr, dass ich Sie heute im Namen der kommunalen Spitzenverbände begrüßen darf.

Bürgerengagement ist für uns ein wichtiges Thema. Denn es macht Städte und Gemeinden vielfältiger und lebenswerter. Dies ist nicht gerade eine neue Erkenntnis. Was aber neu ist, ist die Geschwindigkeit, mit der sich dieses Thema in den letzten Jahren entwickelt hat.

Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass sich das Demokratieverständnis in der Bürgerschaft in den letzten Jahren gewandelt hat. Die Bindung der Menschen an bestimmte Parteien und die Orientierung an Parteipositionen und Parteimeinungen hat abgenommen und vielerorts Politikverdrossenheit Platz gemacht.

Es ist aber nicht so, dass die Menschen sich heute weniger engagieren als früher. Sie engagieren sich vielmehr individueller, häufig projekt- oder themenbezogen. Studien belegen, dass rund ein Drittel der Gesellschaft ehrenamtlich aktiv ist. Dabei reichen die Facetten des Engagements von der freiwilligen unbezahlten Mitarbeit in karitativen Einrichtungen über das ehrenamtliche Betreiben einer kommunalen Einrichtung bis hin zu den verschiedenen Formen direkt-demokratischer Bürgerbeteiligung.



In den kommunalen Verwaltungen fristete die Engagementförderung noch vor wenigen Jahren ein Schattendasein. Sie beschränkte sich – so wichtig das auch ist – häufig auf Anerkennungsveranstaltungen und die Verleihung von Ehrenamtspreisen. Heute wird aktive Politik zugunsten ehrenamtlichen Engagements aber mittlerweile als wichtiger Faktor wahrgenommen, wenn es um die Zukunftsfähigkeit von Kommunen geht.

Bürgerschaftliches Engagement stiftet Gemeinsinn. Vereine, Initiativen und gemeinnützige Organisationen gestalten das örtliche Zusammenleben und das Miteinander und übernehmen Verantwortung für die örtliche Gemeinschaft. Dass dieses „soziale Kapital“, wie es vielfach genannt wird, auch einen fördernden Rahmen benötigt, der das kreative bürgerschaftliche Potenzial hebt und unterstützt, wird immer mehr Kommunen bewusst.

Hier hat insbesondere auch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport viel angestoßen. Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang das Projekt „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“, welches das NRW-Ministerium von Juli 2011 bis Februar 2013 gefördert hat und das die kommunalen Spitzenverbände in dessen Beirat aktiv begleitet haben. Wir freuen uns, dass es nun eine zweite Entwicklungswerkstatt gibt. Wieder erhalten zehn Kommunen Hilfestellung bei der systematischen Entwicklung von Strategien und Strukturen für eine passgenaue Engagementförderung vor Ort.

In der Tat sind die Kommunen gefordert, hier aktiv zu werden. Denn nur sie wissen, in welcher Ausprägung eine Infrastruktur notwendig und realisierbar ist, die Engagement fördert. Im Idealfall gibt es lokale Anlaufstellen, die günstige Rahmenbedingungen bieten und die Menschen in ihren Aktivitäten unterstützen.

Ich bin sicher, dass von der heutigen Tagung weitere Impulse für eine erfolgreiche Engagementförderung in den Kommunen ausgehen werden. Die Tagesordnung verspricht einen spannenden Tag. Ich wünsche allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern interessante Diskussionen und viele Anregungen.

”

Bürgerschaftliches Engagement stiftet Gemeinsinn. Vereine, Initiativen und gemeinnützige Organisationen gestalten das örtliche Zusammenleben und das Miteinander und übernehmen Verantwortung für die örtliche Gemeinschaft.

Kommunale Spitzenverbände NRW,
Aus: Zukunftsfaktor Bürgerengagement,
2013

Leitbild Bürgerkommune

Warum Engagement und Partizipation für die Zukunftsfähigkeit von Kommunen notwendig sind

Prof. Dr. Roland Roth

Hochschule Magdeburg-Stendal

I. Entwicklungsstand

Das Engagement der Bürger, später auch der Bürgerinnen, gilt in der mehr als 200 Jahre alten Tradition der kommunalen Selbstverwaltung (freiwilliges Ehrenamt zur Wahrnehmung gemeinschaftlicher Aufgaben) als eine wesentliche Quelle für die Entfaltung des lokalen Gemeinwesens. Historische Rathäuser wie in Bremen, Hamburg oder München demonstrieren noch heute solchen Bürgersinn und Bürgerstolz. Ihre wechselvolle Geschichte macht aber auch deutlich, dass Bürgerschaftliches Engagement zuweilen auf Honoratioren begrenzt wurde oder ein Schattendasein führte. Es gilt also stets aufs Neue zeitgemäße Leitbilder kommunaler Selbstverwaltung zu entwickeln, die auf die gesamte lokale Bürgerschaft setzen.

In jüngerer Zeit war dies besonders das Leitbild „Bürgerkommune“, das durch das vor 15 Jahren gestartete Civitas-Netzwerk „bürgerorientierter Kommunen“ und durch das mit Beteiligung der Hans-Böckler-Stiftung gestartete Netzwerk „Kommunen der Zukunft“ konkrete Konturen erhielt. 1999 legte die KGSt gemeinsam mit Reformkommunen einen Bericht mit dem Titel „Bürgerengagement – Chance für die Kommunen“ vor. Wesentliche Ansatzpunkte dieses Netzwerks, wie lokale Anerkennungs-



und Beteiligungskultur, bürgerorientierte Politik und Verwaltung, bürgerorientierte Stadtteilentwicklung, neue Medien und Bürgerbeteiligung, Qualifizierung von Moderatoren für Beteiligungsprozesse und lokale Demokratiebilanzen sind noch immer aktuell und in einigen Kommunen politisch prägend geworden.

Zu dieser Orientierung an einer engagierten Bürgerschaft hat sicherlich auch die Enquete-Kommission des Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ beigetragen, die in ihrem vor 11 Jahren vorgelegten Abschlussbericht auch detaillierte Empfehlungen zur kommunalen Engagementförderung vorgelegt hat (2002: 344 ff.). Einige dieser Vorschläge – wie lokale Infrastruktureinrichtungen und Freiwilligenagenturen – sind aufgegriffen worden und eine überschaubare Zahl von Städten und Gemeinden ist noch immer oder erstmals dem Leitbild „Bürgerkommune“ verpflichtet.

Eine Arbeitsgruppe der KGSt arbeitet zur Zeit an der Aktualisierung des Leitbilds „Bürgerkommune“, die in Kürze erscheinen soll.

Hinzu kommt, dass sich im letzten Jahrzehnt Engagementpolitik auch auf Bundes- und Landesebene etablieren konnte und mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und neuerdings dem Netzwerk Bürgerbeteiligung auch bundesweite Vernetzungen entstanden sind. Auf die Reichweite der einzelnen Ansätze möchte ich nicht näher eingehen. Inzwischen verfügen wir über Handbücher, umfangreiche Darstellungen und zahlreiche empirische Analysen

zum Thema kommunale Engagementpolitik. Engagementförderung ist in der öffentlichen Debatte zu einer selbstverständlichen Aufgabe der Kommunen geworden. In der Realität dominieren allerdings unterfinanzierte und prekäre Einrichtungen.

Dennoch ist die große Reformwelle in Richtung „Bürgerkommune“ bislang ausgeblieben. Das neue Steuerungsmodell wurde ebenso wenig zum Treiber wie die Direktwahl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Gegenwärtig erlebt die Idee der Bürgerkommune unter dem Vorzeichen verstärkter Bürgerbeteiligung eine Neubelebung. Stuttgart 21 lässt grüßen. Kommunen wie Heidelberg oder Filderstadt haben sich Beteiligungssatzungen gegeben, um den verstärkt in Bürgerinitiativen und Bürgerprotesten zum Ausdruck

kommenden Gestaltungsansprüchen aus der Bürgerschaft einen für die Entwicklung des Gemeinwesens produktiven Rahmen zu geben.

In einer kleinen Befragung der „Bürgerkommunen“, die als Botschafter des Civitas-Netzwerks aktiv geblieben sind, wurde deutlich, dass die Hoffnungen vor allem auf einer aktiven und anspruchsvollen Bürgerschaft ruhen. Die Freiwilligensurveys zeigen, dass es ein erhebliches Engagementpotential gibt. Im Schnitt sind doppelt so viele Menschen bereit, sich zu engagieren, wie dies aktuell bereits tun. Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung wollen heute mehr direkte Mitsprache. Kommunen bieten dafür traditionell mehr Möglichkeiten, aber immerhin die Hälfte der Befragten wünscht sich auch kommunal mehr Beteiligung, wobei eine Studie zu



28 hessischen Mittelstädten zeigt, dass die Zufriedenheit mit der Beteiligungssituation selbst in einem Bundesland und bei ähnlicher Ortsgröße zwischen 30 und 74 Prozent schwankt. Den Befragten geht es vor allem um frühzeitige Informationen und Transparenz, um Bürgerbefragungen bevor der Stadtrat Beschlüsse fällt, und um einen leichteren Zugang zu Bürgerentscheiden. Ihre aktive Bürgerrolle wollen sie vor allem zivilgesellschaftlich, d.h. in Bürgerinitiativen, Bürgerforen, Gremien und Arbeitskreisen wahrnehmen.

II. Problemzonen

Wo liegen die Ursachen für diese zögerliche, ja zähe Entwicklung, die auch Rückschläge zu verzeichnen hat? Einige wenige sollen benannt werden, um Veränderungspotentiale sichtbar zu machen:

1. Bürgerschaftliches Engagement ist zwar als Nischenthema anerkannt, spielt aber in zentralen Bereichen der Regierungspolitik in Bund und Ländern keine Rolle: Agenda 2010 & Hartz IV, Bildungsreformen, Lehrstück „Soziale Stadt“ (Kürzungen treffen vor allem die Engagementförderung durch Quartiersfonds etc.). Letztlich bleibt der Eindruck, dass der Bürgerschaft nicht viel zugetraut wird, vielmehr dominieren die üblichen bürokratischen und korporatistischen Akteure (BA, Wohlfahrtsverbände etc.). Dies hat Folgen für die Kommunen, die diese Politik umzusetzen haben.

Diese politische Randständigkeit wiederholt sich jedoch auch in den stärker kommunal geprägten Politikansätzen (Bildungslandschaften, Übergangs-

management, lokale Arbeitsmarktpolitik). Der Test, was Bürgerschaftliches Engagement eigentlich in den „harten“ Politikfeldern leisten kann, wird häufig gar nicht erst versucht.

2. Unangemessene, zuweilen destruktive staatliche Steuerungsversuche zersetzen und entmutigen Bürgerschaftliches Engagement. Dienst, Pflicht, Verantwortung gehören heute zur vorherrschenden politischen Semantik zumindest des Bundes, von Freiwilligkeit, Gestaltung und Mitbestimmung ist dagegen kaum die Rede. Hinzu kommen Bevormundungen aller Art, wenn es um die Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen geht (sog. Demokratieerklärung in den Programmen gegen Rechtsextremismus, PR-Auflagen in der Entwicklungspolitik etc.). Es fehlt oft an Respekt, gleicher Augenhöhe und Anerkennung im staatlichen Umgang mit der Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaftliche Akteure werden als staatliche Kostgänger behandelt, die scheinbar nach Gusto einzusetzen sind (z.Zt. gerne auch als soziale Lückenbüßer bzw. auch als sozialer Kitt im Rahmen der großen Freiwilligendienste, die nicht selten als weiteres Segment des prekären Arbeitsmarkts genutzt werden). „Bitte nicht fördern“, lautet deshalb die ungewöhnliche Forderung von Stefan Nährlich, dessen „Aktive Bürgerschaft“ die Instrumentalisierungsversuche des Bundes kritisch begleitet hat.

3. In diesen Zumutungen und Instrumentalisierungsversuchen spiegelt sich auch die innere Heterogenität, das mangelnde gemeinsame Selbstbewusstsein und die Organisationsschwäche der Zivilgesellschaft selbst.

Noch für jede Zumutung in den Programmzielen und restriktiven Förderbedingungen lassen sich, so scheint es, willige Akteure finden. Es braucht dazu nicht die dramatische Arbeitslosigkeit Südeuropas. Wenn gegenwärtig rund eine halbe Million junger Menschen auf einen Studienplatz warten und knapp 20 Prozent der jüngeren Generation in Übergangssystemen geparkt werden, wird ein beachtliches einheimisches Potential sichtbar. Von der Situation in den strukturschwachen Regionen der neuen Bundesländer ganz zu schweigen.

4. Auf kommunaler Ebene ist die Sache noch einfacher, denn hier hat man immer mit ausgewählten und bewährten zivilgesellschaftlichen Akteuren kooperiert (Vereinsförderung). Warum also auf neue und unberechenbare Akteure setzen?

5. Bildungs- und Ressourcenabhängigkeit von Beteiligung und Engagement

III. Perspektiven und Empfehlungen

Dieses Abdrängen von Bürgerschaft und Zivilgesellschaft in vorpolitische oder randständige Nischen beraubt das Gemeinwesen seiner Zukunftschancen. Es kann weder die im Überschuss vorhandene Bereitschaft zum Engagement aufgreifen, noch haben so die Ideen, Innovationen und Handlungspotentiale eine Chance, die in der Zivilgesellschaft schlummern. Um diesen Schatz der Zivilgesellschaft zu heben, braucht es einen grundlegenden Perspektivenwechsel. Dazu einige Stichworte:

1. Bürgerschaftliches Engagement ist untrennbar mit Selbstorganisation und politischen Gestaltungsansprüchen verknüpft. Mitwirken, Mitverantworten und Mitentscheiden gehören zusammen und lassen sich nur gemeinsam fördern. Dies macht übrigens auch den Unterschied zwischen Bürgerkommune „alt“ und den aktuellen Zugängen aus. Wo Mitwirken ohne Beteiligung angeboten wird, bleiben die Freiwilligen aus und es braucht schon erhebliche finanzielle Anreize, um diesen Makel zu kompensieren. Konkret gilt es z.B., Freiwilligenagenturen auch als Beteiligungsagenturen zu begreifen und zu qualifizieren, damit sie die Bürgerschaft auch in Partizipationsprozessen unterstützen können.



2. Wenn es um gesellschaftliche Gestaltung geht, stellt sich in demokratischen Gemeinwesen die Frage nach der politischen Gleichheit. Sicherlich, nicht alle können und wollen sich konkret beteiligen, aber es ist auch eine kommunale Aufgabe, die Barrieren für Bürgerschaftliches Engagement zu verringern. Wie mehr Gleichheit in Engagement und Beteiligung bewirkt werden kann, ist hinlänglich bekannt – z.B. durch aufsuchende Strategien, Fonds und Beteiligungshaushalte, repräsentative Beteiligungsformate, durch frühe Lernangebote (s. Schülerhaushalt). Sie müssen genutzt werden, damit Bürgerschaftliches Engagement nicht zum bürgerlichen Engagement schrumpft.

3. Zukunftsfähigkeit braucht Engagement und Beteiligung auch in zentralen gesellschaftlichen Bereichen.

So sehr wir im einzelnen darum streiten, was alles dazu gehört, dürfte doch unstrittig sein, dass Bildung, Ausbildung, Arbeit und öffentliche Daseinsvorsorge dazu zählen. Die Wertschätzung einer guten öffentlichen kommunalen Infrastruktur hat die Bürgerschaft in zahlreichen Bürgerinitiativen und -entscheiden nachdrücklich deutlich gemacht. Es braucht Mut, diese Felder für Bürgerschaftliches Engagement zu öffnen. Der kommunale Einfluss ist hier oft gering, aber er kann genutzt werden. Es kann doch nicht sein, dass Übergangsmanagement und Bildungslandschaften weit überwiegend ohne die Hauptakteure, die Kinder und Jugendlichen sowie deren Eltern, beackert werden. Es ist den zahlreichen Schulreformen nicht gut bekommen, dass sie ohne das Engagement von Kindern und Eltern meinten auskommen zu können. Gleiches lässt

”

Demokratie heißt,
sich in die eigenen
Angelegenheiten
einzumischen.

Max Frisch

sich auch für den Übergang von freiwilligem Engagement und Erwerbsarbeit sagen. Hier gibt es vereinzelt mutige Ansätze wie z.B. die Kooperation der Halberstädter Diakonie mit der Freiwilligenagentur Nordharz. Dies gilt auch für die öffentliche Infrastruktur und kommunalen Einrichtungen. Einigen Kommunen wären kostspielige Fehlentscheidungen à la Cross Border Leasing (CBL), Privatisierungen oder durch schlechte Private Public Partnerships (PPPs) erspart geblieben, wenn sie den Nutzern eine Chance eröffnet hätten, sich in die Ausgestaltung kommunaler Einrichtungen einzumischen. Gelegentlich haben Bürgerbegehren und Bürgerentscheide diesen Mangel ausgeglichen. Umso bemerkenswerter sind Beispiele gelungener Mobilisierung der Zivilgesellschaft, wenn es um zentrale Zukunftsprojekte einer Stadt geht – wie die Mannheimer Konversionspolitik.

4. Es ist mittlerweile nur noch skandalös zu nennen, dass großen Gruppen der Stadtgesellschaft der gleichberechtigte aktive Bürgerstatus vorenthalten wird. Dies gilt für Zugewanderte, aber auch für Kinder und Jugendliche unter 16 bzw. 18 Jahren. Es ist deshalb vordringlich, gerade diese Gruppen gezielt in die kommunale Engagementpolitik, inklusive Beteiligung und Mitbestimmung einzubeziehen. Dazu gehört auch die Anerkennung vielfältiger Engagementkulturen. Gerade in einer vielfältiger und mobiler werdenden Gesellschaft braucht es engagierte Bürgerinnen und Bürger als Brückenbauer, aber sie benötigen öffentliche Unterstützung, Anerkennung, manchmal auch Qualifizierungen und Ideen. Es gilt einen Zustand zu überwinden, den das Bundesjugendkuratorium mit „Zu

selten, zu wenig, ohne Wirkung“ charakterisiert und diese Zustandsbeschreibung trifft nicht nur auf die Kinder- und Jugendbeteiligung zu, sondern auch auf viele andere Felder, in denen die „Projektitis“ dominiert.

5. Das Leitbild Bürgerkommune wird dauerhaft nur erfolgreich sein, wenn es von Anbeginn als kooperatives Konzept entwickelt wird, an dem Bürgerschaft, Verwaltung und Politik (Stadt- und Gemeinderäte) gleichberechtigt mitwirken. Helmut Klages hat darauf aufmerksam gemacht, dass es eine Triple-Win-Situation braucht, wenn die Bürgerkommune erfolgreich sein will:

- Bürgerinnen und Bürger können mit mehr Transparenz, gesichertem Einfluss auf Entscheidungen und einer besseren Qualität der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen rechnen.
- Die Verwaltung profitiert von einem besseren Vertrauensverhältnis zur Bürgerschaft, kann mit mehr Effektivität und Qualitätssicherung rechnen und dem zusätzlichen Aufwand stehen Entlastungen durch die Bürgerschaft gegenüber.
- Auch Mandatsträger profitieren von einem besseren Vertrauensverhältnis zur Bürgerschaft, einer verbesserten Akzeptanz ihrer Entscheidungen und insgesamt größerer Demokratiezufriedenheit bzw. mehr demokratischer Qualität.



Im Erfolgsfall kann es in einer Bürgerkommune gelingen, aus einer Misstrauenskultur auszusteigen. Freilich sind dazu nicht nur punktuelle Projekte notwendig, sondern ein kultureller Wandel (Engagement- und Beteiligungskultur), der Zeit braucht.

6. Die Bürgerkommune muss als facettenreiches Lernprojekt verstanden werden, für das es keine fertigen Rezepte gibt. Es gilt Kindern und Jugendlichen frühzeitig Lernchancen zu eröffnen, sich für ihre Interessen und die anderer in der Kommune zu engagieren. Den Begriff „civic education“ kennen wir seit langem – mit der Praxis sieht es häufig anders aus. Bürgerschaftliches Engagement entwickelt sich in Spannungsfeldern und Konflikten. Dass sich Verwaltungskultur und die Fachbruderschaften der Experten verändern müssen, wenn Bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung gelingen soll, ist hinlänglich bekannt. Dass Politik, Parteien, Gemeinderäte und Bürgermeister ihre Rolle in einer aktiven Bürgergesellschaft neu definieren müssen ebenso. Wie die lokale Wirtschaft zum „guten Bürger“ wird, beschäftigt uns seit langem. Auch für die zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereine und Stiftungen gibt es ein umfangreiches Curriculum, das von der Öffnung für neue Gruppen der Stadtgesellschaft bis zum Verzicht auf hergebrachte Privilegien reichen kann. Auch die Zivilgesellschaft hat ihre dunklen Seiten, die durch Transparenz und Selbstkorrektur anzugehen sind.

7. Das Leitbild Bürgerkommune braucht Unterstützung durch die Bundesländer und den Bund. Dabei geht es nicht nur um die unzureichende finanzielle Ausstattung

und Überregulierung. Es geht auch um positive Anreize und die Unterstützung bei der Konzeptentwicklung (Vorbild „Allianz für Beteiligung“, aber auch „Komm-In“), um Experimentierklauseln, auch darum zu verhindern, dass die Kommunalaufsicht nicht-pflichtige informelle Beteiligungsangebote einfach kassiert.

8. Warum all diese Anstrengungen? Im Zentrum stehen folgende Grundüberzeugungen:

- große Probleme (Bildung, Integration etc.) können nur gemeinsam mit der Bürgerschaft gelöst werden,
- das „Wissen der Vielen“, die Ideen und das Engagement der Bürgerschaft machen die Kommune zukunftsfähig,
- soziales Kapital steigert das Wohlbefinden und die Identifikation mit der Stadt und schafft sozialen Zusammenhalt,
- Koproduktion und Mitentscheidung verbessern die Leistungsbilanz der Kommune.

Es geht zusammengefasst um das, was der bekannte Hirnforscher Gerald Hüther in einem jüngst erschienen Büchlein „Kommunale Intelligenz“ genannt hat. Kommunen können für jeden von uns „Erfahrungsräume für den Erwerb sozialer Kompetenzen und die Herausbildung von Gemeinsinn“ bieten. Zukunftsfähig ist aus dieser Sicht eine Kommune, die dazu beiträgt, die individuellen Entwicklungspotentiale so zu entfalten, „dass nicht nur jedes einzelne Mitglied der betreffenden Kommune wieder Lust darauf bekommt, sich einzubringen und seine Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung zu entdecken, sondern sich alle gemeinsam

darum bemühen, ihre Kommune zu einem lebendigen Ort des Voneinander-Lernens und Miteinander-Gestaltens der dort vorhandenen Möglichkeiten werden zu lassen“ (2013: 113).

“

Was engagierte Bürgerinnen und Bürger einbringen, freiwillig einbringen, das ist kein nettes Plus, es ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Bürgerkultur.

Bundespräsident Joachim Gauck, 2012

Engagementförderung vor Ort

Gelingensfaktoren und Stolpersteine,
Instrumente und Maßnahmen

Petra Fuchs

Deutscher Verein für öffentliche
und private Fürsorge



Der kommunalen Ebene kommt eine besondere Bedeutung bei der Engagementförderung zu, weil die gesellschaftlichen Veränderungen hier zuerst spür- und erfahrbar werden, in den Stadtteilen, in den Nachbarschaften. Klaus Wermker bringt es auf den Punkt: „Kommunen leisten mit unzulänglichen Mitteln eine Integrationsaufgabe für die ganze Gesellschaft.“¹ Ansatzpunkt zu Strukturentwicklungen muss deshalb immer der Sozialraum und die Ansprache von unterschiedlichen Zielgruppen sein.

Die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen – wie Zu- und Abwanderung, soziale Segregation etc. – beinhalten durchaus eine Sprengkraft und die Gefahr einer Spaltung der Gesellschaft. Das Bürgerschaftliche Engagement leistet hier wichtige Beiträge für ein demokratisches und solidarisches Gemeinwesen, für politische wie auch soziale Integration. Kommunen sind daher gut beraten, im Rahmen einer

1: Bubholz-Lutz, Elisabeth / Mörchen, Annette (Hrsg.), Zukunftsfaktor Bürgerengagement, Dokumentation eines vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen geförderten FoGera-Projekts, Witten 2013, S. 96

nachhaltigen Stadtentwicklung mit ihren Bürgerinnen und Bürgern zusammenzuarbeiten.² Engagement, Partizipation und Kooperation sind Kernelementen bei der Lösung anstehender Entwicklungsaufgaben in den Kommunen.

Wie können Konzepte der Engagementförderung vor Ort entwickelt und vor allem auch gesichert werden?

Eine Grundvoraussetzung ist treffend formuliert von Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnshausen: „Alles beginnt mit der Wahrnehmung und Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements als Potenzial für die innovative und soziale Gestaltung der realen Lebenswelten bzw. der Gestaltung der neuen Herausforderungen an die Lebenswelten und Lebensweisen der Menschen.“³

Gelingensfaktoren

Eine weitere zentrale Voraussetzung für eine gute Entwicklung ist die Verständigung über ein Leitbild „Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement“ als kommunalpolitische Handlungsgrundlage und die sukzessive Umsetzung eines solchen Leitbildes in kommunales Handeln (Strukturen, Personal- und Finanzressourcen).⁴

Die im Projekt „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“ zusammen mit den Pilotkommunen gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen machen deutlich, wie wichtig es ist, dass sich die Verwaltung selbst auf einen



Veränderungsprozess einlässt und wie viel kreatives Potential freigesetzt wird, wenn sie sich mit Neugier, Lern- und Veränderungsbereitschaft auf den Weg der strategischen Engagementförderung begibt.

„Das Haus muss bestellt, die innere Ausrichtung der Verwaltung geklärt werden, bevor man mit dem Anliegen an die Öffentlichkeit gehen kann.“⁵

Jede Kommune muss zwar ihren eigenen Weg finden, kann aber doch auch vom Wissen und den Erfahrungen anderer profitieren. Information, Austausch, Bündelung von Interessen und Ressourcen sind qualitativer Gewinn und notwendige Voraussetzung für eine

2: Vgl. Osner, Andreas in Klein, Ansgar / Fuchs, Petra / Flohé, Alexander, Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich, Berlin, 2011, S. 270 ff.

3: Vogel, Hans-Josef in Dokumentation (Fußnote 1), S. 22

4: Dies war ein zentrales Ergebnis in einer gemeinsam von Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Deutschem Verein durchgeführten Tagung. Vgl. Fuchs, Petra / Kwiatkowski, Katrin, Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich – zum Umgang mit einer eigensinnigen „Ressource“, NDV 2013, S. 171

5: So beschreibt Annette Mörchen eine Art Mantra der Spitzentreffen in der Dokumentation des NRW-Projekts (Fußnote 1) S. 225

systematische Planung lokaler Förderstrategien. Um die Potentiale des Bürgerschaftlichen Engagements für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen zu nutzen, bedarf es der Verständigung, der Vernetzung und Zusammenarbeit der relevanten Akteure. Kooperation und Vernetzung sind der Schlüssel zum Erfolg.⁶

Die Entwicklungswerkstatt „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“ ist ein wegweisendes Instrument, denn sie fördert eine dialogische Haltung, verknüpft Strategie-, Infrastruktur-, Personal- und Organisationsentwicklung miteinander und wird damit den komplexen passgenauen Anforderungen vor Ort gerecht.

Anregungen aus dem NRW-Projekt „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“:

Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement zur Chefsache machen: Es braucht eine Identifikation der Verwaltungsspitze mit Bürgerschaftlichem Engagement.

Querschnittsaufgabe Bürgerschaftliches Engagement gemeinsam strategisch angehen: Engagementförderung ist als Querschnittsaufgabe der Verwaltung zu behandeln. Das leuchtet sofort ein, ist aber nicht ganz einfach in der Umsetzung, insbesondere wenn das Thema Engagementförderung mit anderen Querschnittsthemen, wie etwa Demographischer Wandel, Inklusion oder Familienförderung, verknüpft wird.

Entwicklungsteam und weitere Strukturen innerhalb der Verwaltung aufbauen: Die Einrichtung von Entwicklungsteams, bestehend aus zwei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeitern der kommunalen Verwaltung, hat sich bewährt. Sie müssen allerdings auch mit ausreichend Ressourcen ausgestattet werden. Ganz wichtig ist es, eine Bestandsaufnahme bestehender Engagementförderung zu erstellen und dies über alle Verwaltungsressorts hinweg. Ein Auf- und Ausbau von die einzelnen Ressorts übergreifenden Steuerungs-, Planungs- und Arbeitsgruppen innerhalb der Verwaltung und der notwendigen übergreifenden Kommunikationsstrukturen ist erforderlich, um interne Diskussionen über Ziele, Zielgruppen, Konzepte effektiv führen zu können. Die „Silos“ einzelner Politikfelder sollten nicht weiter verfestigt werden. Stattdessen gilt es, die Vielfalt im Blick zu halten. Oft mangelt es an einer zuverlässigen Gesamtübersicht über das Bürgerschaftliche Engagement in der Kommune.

6: Die in dem Projekt zusammen mit den Pilotkommunen in NRW herausgefundenen Gelingensfaktoren – unterschieden in verwaltungsinterne und verwaltungsexterne – decken sich weitgehend mit Erkenntnissen aus der Fachdiskussion, wie sie z.B. im Jahr 2010 in dem vom BBE ausgerichteten Nationalen Forum für Engagement und Partizipation von Gisela Jakob und Thomas Rübke benannt wurden, oder auch in verschiedenen Beiträgen des Handbuchs (Fußnote 2) zu finden sind. Einen guten Überblick über die Herausforderungen gibt hier Uwe Lübking aus kommunaler Sicht, S. 11 ff.



Öffentlichkeit herstellen: Öffentlichkeitsarbeit in ihren unterschiedlichsten Formen – einschließlich der Einbeziehung neuer Medien – ist ein Beitrag zur Wertschätzungskultur, zur Motivierung und Gewinnung von Engagierten, zu Transparenz und Beförderung innovativer Ideen und guter Praxis.

Politik einbeziehen: Ein gemeinsames Grundverständnis von Verwaltung und Politik ist wichtig. Es empfiehlt sich, die Politik frühzeitig einzubeziehen und sich ihre Unterstützung zu sichern. Dies kann, wie in den Pilotkommunen, auf unterschiedlichen Wegen erfolgen, sei es über einen Ratsbeschluss schon zu Projektbeginn, sei es durch innovative Methoden wie einen Dialog in Form des „world cafés“ in einer Sondersitzung des Rates oder über die Abstimmung von Strategiepapieren. Auf jeden Fall ist es wichtig, bereits im laufenden Prozess mit der Politik ins Gespräch zu kommen. Idealerweise gibt es ein politisches Mandat über Fraktionsgrenzen hinweg.

Eigeninitiativen im Sozialraum achten und fördern: Die Engagementförderung muss im Sozialraum ansetzen. Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich bereits in Nachbarschaften und Familienzusammenhängen. Sie wünschen sich Unterstützung und sollten als „Experten in eigener Sache“ einbezogen werden. Das Quartier ist Ausgangspunkt für Verantwortungsgemeinschaften, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden für Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt. Grundsätzlich muss es darum gehen, Engagement für alle zu ermöglichen, d.h. auch für von Exklusion bedrohte Menschen. Hierfür sind neue Formen der

Ansprache und des Zugangs zu entwickeln, weil für sie oftmals die klassischen Beteiligungsformen nicht passen. Ansätze wie Community Organizing sollten in Kooperation mit allen zivilgesellschaftlichen Akteuren verstärkt realisiert werden. Sie können die Gestaltung ganzer Sozialräume voranbringen und echte Beteiligung und Teilhabegerechtigkeit erwirken.⁷

Gewinnung von Kooperationspartnern, darunter auch Unternehmen: Verantwortungsgemeinschaften brauchen Kooperationspartner. Dafür kommen alle lokal relevanten Akteure wie Wohlfahrtsverbände, Vereine, Initiativen, Genossenschaften und auch die lokale Wirtschaft in Betracht, die es als engagierte Unternehmen einzubeziehen gilt. Zu berücksichtigen ist dabei, dass

7: So die Forderung in der Tagung (Fußnote 4), NDV 2013, S. 171



viele Unternehmen nicht nur um Finanzierungshilfe gebeten werden wollen, sondern selbst soziale Verantwortung innerhalb der Kommune übernehmen wollen und dafür Gelegenheiten suchen.⁸

Plattformen für Vernetzung und gemeinsame Entwicklung bereitstellen: Die Zusammenführung von bereits existierenden Initiativen und Netzwerken ermöglicht das Gespräch über gemeinsame, alle verbindende Zielrichtungen und eine ressourcenschonende, koordinierte Planung. Damit dies in einem Feld konkurrierender Akteursgruppen, die zunächst darauf bedacht sind, ihren Selbstbehalt zu sichern, ihre Grenzen abzustrecken und ihre Ressourcen zu akquirieren, gelingen kann, braucht es Vertrauensbildung und das Definieren gemeinsamer Anliegen. Plattformen wie „Runder Tisch“ oder „Entwicklungswerkstatt“ sollten für alle Interessierten in der Kommune etabliert und moderiert werden.

Anlaufstellen schaffen und in Kooperation bringen: Es ist von zentraler Bedeutung, eine Ansprechstelle für Engagementvorhaben zu schaffen mit dem Ziel der Förderung vernetzter Kooperation und der Vermeidung von Parallelstrukturen.⁹ Erst wenn es vor Ort verlässliche Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen und Anlaufstellen für Engagementwillige sowie miteinander vernetzte Organisationen und Unternehmen gibt, kann bürgerschaftliches Engagement systematisch in seiner Entwicklung unterstützt und gefördert werden. Die Einrichtung einer kommunalen Anlaufstelle soll aber nicht etwa die bereits bestehenden Strukturen ablösen, sondern diese vernetzen. Ziel ist es, die

Vielfalt beizubehalten und trotzdem einen gemeinsamen Nenner zu finden. Vor Ort haben sich über viele Jahre neue Formen der Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements etabliert mit neuen Einrichtungen und Diensten. Dazu zählen Freiwilligenagenturen und -zentren, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen, Stadtteilbüros und zum Teil auch Mehrgenerationenhäuser. Jede Einrichtung hat eine eigene Geschichte als Ausdruck eines bestimmten Zeitgeistes und wird getragen im lokalen Kontext. Von ihnen gehen wichtige innovative Impulse aus und sie haben eine zentrale Bedeutung für Pflege und Ausbau des Engagements.¹⁰ Der Deutsche Verein hat deshalb die bedarfsgerechte Aufstockung der Haushaltsmittel durch Bund und Länder gefordert.¹¹

2. Mögliche Stolpersteine

Die demografische Entwicklung und deren Auswirkung auf die staatliche Daseinsvorsorge lassen zunehmend die Sorge wachsen, dass unser auf Beruflichkeit und Fachlichkeit ausgerichtetes System von Diensten und Einrichtungen nicht mehr ausreichen wird, um unseren Lebensstandard zu sichern. Das ist nicht neu und wir wissen alle, dass bei knappen Kassen Begehrlichkeiten gegenüber dem „kostengünstigen“ Engagement der Bürgerinnen und Bürger entstehen. Das ist verständlich. Doch ist eine instrumentelle Sicht zugleich auch der größte Stolperstein. Sie begibt sich in die Gefahr, Engagement dauerhaft zu verhindern. Es ist nämlich zu befürchten, dass sich Engagierte demotiviert abwenden, weil sie nicht Lückenbüsser sein wollen für einen sich zurückziehenden Sozialstaat. Die von Adalbert

8: Dies ist eine wichtige Erkenntnis aus dem NRW-Projekt, Dokumentation (Fußnote 1) S. 229

9: Ebenda S. 230

10: Vgl. zum Zeitgeist verschiedener Einrichtungstypen Zimmer, Annette / Backhaus-Maul, Holger, Engagementförderung vor Ort – Was gilt es in den Blick zu nehmen?, Münster 2012, S. 49

11: Positionen und Handlungsempfehlungen des Deutschen Vereins zur verbesserten Ausgestaltung der Freiwilligendienste und deren Einbindung in eine Gesamtstrategie zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, NDV 2013, S. 104

”

Durch ihr Engagement entwickeln die jungen Menschen auch demokratische Werte – ein guter Grund für Kommunen, in die Förderung des Engagements von Jugendlichen zu investieren.

Dr. Jutta Schröten, Aktive Bürgerschaft e.V.,
Aus: Zukunftsfaktor Bürgerengagement, 2013

Evers als „Verdienstlichung“ oder „Verjobbung“ bezeichnete Entwicklung zur Integration des Engagement als neue Beschäftigungsform in den Arbeitsmarkt ist deshalb kritisch im Blick zu behalten.¹²

Auch darf das Bürgerschaftliches Engagement nicht als Störung angesehen werden. Seinen „Eigensinn“ gilt es zu respektieren. Wichtig ist der Wille, einen Teil der politischen Macht abzugeben und sich kritischen Debatten zu stellen.

„Eine große Gefahr sehe ich darin, dass die Engagementförderung aus dem Blickfeld der Verwaltungsspitze wegdelegiert wird, wenn eine Stelle eingerichtet wird und anschließend aus der Kommunikation mit der Verwaltungsspitze herausfällt. Oftmals steht dahinter nicht einmal eine besondere Absicht, sondern Routine und Zeitmangel. Bürgerschaftliches Engagement muss aber Chefsache sein, damit die Bürgerschaft Vertrauen in die Kommune fasst und behält.“, so Ralf Vandamme in einem Interview mit der Bertelsmann Stiftung auf die Frage nach möglichen Fallstricken.

Andererseits – setze ich hinzu – darf es sich auch nicht um ein personenabhängiges Strohfeuer handeln. Das heißt, es müssen tragfähige nachhaltig gesicherte Strukturen geschaffen werden.

Zur Vermeidung von Sackgassen ist vor allem wichtig: Es sollte allen Beteiligten im Bund, in den Ländern und in den Kommunen klar sein, dass man Bürgerschaftliches Engagement staatlicherseits nur sehr begrenzt steuern und lenken kann. Ermöglichungsstrukturen zu schaffen bedeutet nicht direktes Durchsteuern.

3. Die besondere Rolle der Kommunen

Die Kommune hat in zukunftsorientierten Veränderungsprozessen unterschiedliche Rollen.

Im Sinne einer Good Governance ist sie koordinierend / moderierend / Impuls gebend / Informationen vermittelnd tätig.

Andreas Osner umschreibt die Rolle der Politik in der Engagementförderung als Initiator, Ermöglicher, Prozessstreiber, Netzwerker, Lotse, Moderator und als Beschützer der weniger Artikulationsfähigen.¹³

Im Rahmen der Entwicklung von Bottom-up-Strategien haben kommunale Netzwerke eine zentrale Bedeutung.

4. Perspektiven

Es geht um die Förderung von Engagementlandschaften und um die Entwicklung von passgenauen Engagementstrategien in den Kommunen, um eine sinnvolle Vernetzung und Bündelung der Angebote nach einem gemeinsam mit allen Akteuren abgestimmten, jeweils lokalspezifischen Konzept. Grundlage dafür ist das neue Modell der sog. Ko-Produktion. Hier arbeiten sektorübergreifende Verantwortungsgemeinschaften, Politik, Verwaltung, Unternehmen, Vereine, zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte sowie einzelne Bürgerinnen und Bürger zusammen.¹⁴

12: Evers, Adalbert in Dokumentation (Fußnote 1) S. 35 ff.

13: Osner, Andreas (Fußnote 2) S. 272

14: Mörchen, Annette in Dokumentation (Fußnote 1) S. 51

Die Frage, wie Bund und Länder die Schaffung nachhaltiger auf einander abgestimmter Strategien befördern können, muss allerdings noch weiterverfolgt werden. „Von Top down“ zu „Bottom up“ – das ist die strategische Herausforderung der Engagementförderung. Der Deutsche Verein fordert einen neuen Gesellschaftsvertrag mit einer Kultur der Freiwilligkeit und Kooperation.¹⁵ Das betrifft die Akteure auf den unterschiedlichen Ebenen in Bund, Ländern und Kommunen und die Zivilgesellschaft als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe. Nach Auffassung des Deutschen Vereins ist eine fraktionsübergreifende Verständigung über die Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung einer lebendigen Bürgergesellschaft – einschließlich einer bedarfsgerechten Förderung der Infrastruktur – notwendig.¹⁶ Es geht um eine Engagementpolitik, die sich dem Bürgerschaftlichen Engagement als Motor für die Region in ihrem sozialen Zusammenleben verschreibt – so hat es Carola Schaaf-Derichs formuliert.¹⁷ Uwe Lübking nennt es die Revitalisierung der kommunalen Selbstverwaltung.¹⁸

Die „Gemeinsame Erklärung“, unterzeichnet von Vertreterinnen und Vertretern der Landespolitik und der lokalen Politik in Städten und Gemeinden von Nordrhein-Westfalen,¹⁹ ist ein bedeutsamer Meilenstein, weil er die Absicht bekräftigt, bei der Förderung von Engagement gemeinsam und vernetzt zu handeln. Ganz sicher werden hiervon wichtige regionale und überregionale Impulse ausgehen. Wir brauchen Vielfalt, Kreativität und eine Kultur der Freiwilligkeit und der Kooperation, wenn wir die vor uns liegenden Aufgaben und Herausforderungen gut bewältigen wollen.



15: Forderungen des Deutschen Vereins zur Weiterentwicklung der Freiwilligendienste, NDV 2012, S. 156

16: Deutscher Verein (Fußnote 11)

17: Schaaf-Derichs, Carola in Handbuch (Fußnote 2), S. 314

18: Ebenda S. 17

19: Dokumentation (Fußnote 1) S. 242 f.

Workshop 1

Vom Anfangen

„PackEnden“, Stolpersteine und Gelingensfaktoren.

Moderation: Annette Mörchen und Dr. Jutta de Jong, Projektleiterinnen „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“

Dokumentation: Annette Mörchen



Der Workshop wurde in Form eines Fishbowls gestaltet. Diesen nutzten die über 40 Teilnehmenden zur Formulierung konkreter Fragen aus ihrer kommunalen Praxis, an denen entlang sich ein reger kollegialer Austausch entwickelte. Als externe ExpertInnen hatten die Moderatorinnen aus der Pilotphase von Zukunftsfaktor Bürgerengagement die kommunalen Entwicklungsteammitglieder Birgit Lötters (Stadt Kamp-Lintfort) sowie Ulla Golabeck und Georg Müller (Alte Hansestadt Lemgo) mitgebracht. Zusammen mit Siegmur Schridde, Leiter der Stabsstelle Bürgerengagement der Stadt Rheine, stellten sie ihr Wissen und ihren Erfahrungsschatz sowie Good Practice Beispiele zur Diskussion. Auch aus dem Publikum, dessen Expertise von der Moderation gezielt mit eingebunden wurde, gab es eine Reihe wertvoller Anregungen. Hier eine kurze Zusammenschau zentraler Fragen und Ergebnisse:

Von „PackEnden“ ...

Ist vom „Anfangen“ die Rede, muss jede Kommune, so lautete eine der grundlegenden Empfehlungen, sich überlegen und entscheiden: Wo setze ich meine ersten Schwerpunkte? Welches Thema / welcher Impuls verspricht den größten Mehrwert für die lokale Gemeinschaft? Wie viel ist in Abhängigkeit der „Personalressource Engagementförderung“ realistisch umsetzbar?

In diesem Kontext wurde u.a. auch diskutiert, inwieweit kommunale Engagementförderung unmittelbar gleichzusetzen ist mit der Einführung aufwändigerer

Formen der Bürgerbeteiligung wie sie heute etwa in Heidelberg beispielhaft praktiziert wird. Weitgehend unstrittig schien, dass beide Themenfelder letztlich zusammen zu sehen sind. Für den Anfang aber, so hieß es von Seiten verschiedener Praktiker, gelte es auch hier zu klären: Ist es ein „Mehr“ an Bürgerbeteiligung, das von Verwaltungsspitze, Politik bzw. Bürgerschaft als erstes gewünscht wird, oder ist es eher der Ausbau engagementfördernder Strukturen wie Ansprechstelle, Bürgerbüros, Anerkennungskultur, Netzwerke, Bildung von thematischen Verantwortungsgemeinschaften / Allianzen, Projektentwicklung, Qualifizierung, Services usw. – zudem, ganz pragmatisch: Was taugt

am ehesten für einen niederschweligen Einstieg?

... und von Gelingensfaktoren und Stolpersteinen

Zu den zentralen Themen gehörte die Frage, was die Verwaltungsmitarbeitenden mitbringen bzw. entwickeln sollten als Voraussetzung für ein erfolgreiches Miteinander von Kommune und bürgerschaftlich bzw. ehrenamtlich Engagierten. Jenseits aller notwendigen Methodenkenntnisse und Strategien, so wurde betont, eine u.a. von Wertschätzung geprägte Haltung für Begegnungen auf Augenhöhe sowie „Herzblut“ für Bürgerschaftliches Engagement, „angstfreies“ Zupacken und Mut, die Bereitschaft, sich auf offene Prozesse einzulassen – und nicht zuletzt die Geduld, diese auch auszuhalten. Das schließt ein, zu akzeptieren, dass am Ende nicht die Verwaltung entscheidet, was „lohnende Engagementfelder“ sind, sondern die Menschen als ExpertInnen für ihre Lebenswelt, und dass diese auch selbst über die Dauer und Intensität ihres Engagements bestimmen.

Gefragt wurde außerdem nach bewährten Formaten für ein nachhaltiges Miteinander von Verwaltung und Bürgerschaftlichem Engagement und hier insbesondere die nach Beispielen für den Start gelungener Kulturen des Dialogs (z.B. Stammtisch des Bürgermeisters, Stadtteilforen u.ä.) und der Anerkennung (z.B. Aktion „Der Bürgermeister / die Verwaltung bedient sie“, Fotowettbewerbe etc.). Gesucht wurde nach Wegen, wie Vereine bei der Lösung der Probleme fehlenden Nachwuchses und alternder Vereinsvorstände unterstützt werden können. Dazu wurde u.a. auf das



gemeinsame Projekt von BBE und Robert-Bosch-Stiftung „Gewinnung, Qualifizierung und Entwicklung ehrenamtlicher Vereinsvorstände“ verwiesen. Auch waren Anregungen für die Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund für das Engagement gefragt. Statt „Schriftlichkeit“ wurden eine persönliche Zugehörigkeit und die Arbeit mit Schlüsselpersonen aus dem Milieu empfohlen.

Eine Vertreterin aus den „alten“ Pilotkommunen ermutigte ihre KollegInnen, auch dann mit kommunaler Engagementförderung zu beginnen, wenn Ressourcenfragen nicht zu Ende geklärt, zu erwartende Schwierigkeiten nicht methodisch zufriedenstellend auszuschließen sind und damit „sicherer“ Boden verlassen werden muss. Die Reaktionen auf diesen Rat waren gespalten: Eine Gruppe unter den Teilnehmenden sah sich zusätzlich bestärkt und motiviert, sich auch von

suboptimalen Bedingungen nicht vom Anfangen abhalten zu lassen. Eine andere Fraktion zeigte hier trotz großen Interesses an einer Einbeziehung freiwilligen Engagements deutliche Skepsis. Als Voraussetzung dafür, den Start einer Integration von Bürgerschaftlichem Engagement zu wagen, nannten sie das Vorhandensein ausreichender Ressourcen, wenigstens aber die Aussicht auf entsprechende Unterstützung. Insbesondere das Vertrauen darauf, zumindest für Projektarbeit finanzielle Unterstützung zu erhalten, war einigen Teilnehmenden sehr wichtig.

Wer sich bei kommunaler Engagementförderung von schnellen Erfolgserwartungen leiten lässt, wird sich – ganz unabhängig von der materiellen Ressourcenausstattung – schnell enttäuscht sehen. Alle beteiligten Gruppen, auch Verwaltung und Politik, das zeigte die Diskussion einmal mehr, befinden sich in einem gemeinsamem Lernprozess. Vieles – wechselseitige(s) Vertrauen, Offenheit, Wertschätzung u.ä. – wollen in dessen Verlauf erfahren und (weiter-) entwickelt werden. Gefragt sind die Definition gemeinsamer Anliegen und die Entwicklung mittel- und langfristiger Perspektiven.

”

‘Lernen heißt entdecken, was möglich ist.’ (Fritz Perls) – systematische Engagementförderung bietet dazu reichlich Gelegenheit.

Annette Mörchen, Projektleiterin
Zukunftsfaktor Bürgerengagement





Workshop 2

Am Ball bleiben

Strategien und Maßnahmen nachhaltig verankern

Moderation: Hans Wietert-Wehkamp, Institut für soziale Innovation

Dokumentation: Catrin Boss, Ministerium für Familie, Kinder, Jugend Kultur und Sport des Landes NRW

Ausgangsthese: Die Akteure „Verwaltung“, „marktorientierte Organisationen“ und „Bürgergesellschaft“ haben unterschiedliche Handlungslogiken. Steuerungsmedien sind (in der vorher genannten Reihenfolge): Macht, Geld, Sinn.

Der Workshop war insgesamt sehr beteiligungsorientiert angelegt. Impulse, Fragen und Erfahrungen kamen vor allem aus dem Teilnehmerkreis selbst. Erkenntnisse wurden bereits in einer dynamischen Vorstellungsrunde und darauf folgend in einem Brainstorming mit Kleingruppen formuliert. Ein anschließender „Perspektivwechsel“ ermöglichte, die zuvor genannten Handlungslogiken sowie Denkmuster der verschiedenen Akteure zu veranschaulichen.



Zentrale Ergebnisse

Wie können erfolgreiche Strategien nachhaltig verankert werden?

- Engagementförderung heißt Beteiligungsförderung – Wie kann man das gemeinsam weiterentwickeln?
- Von Anfang an langfristig denken. Die Politik einbeziehen.
- Engagementförderung ist ein Prozess.
- Bürgerschaftliches Engagement als Lückenbüsser? Offen, transparent, vertrauensvoll miteinander umgehen: wie ist die Rolle von Verwaltung, wie die Rolle von Zivilgesellschaft? Wie kann man zusammen etwas erreichen?
- Personenunabhängige Strukturen entwickeln – es geht aber auch nicht ohne die Mitarbeiter, die für das Thema brennen.
- Man braucht Personalentwicklung für diese Aufgabe(n).
- Bürgerschaftliches Engagement kann nur bedingt gesteuert werden: für die eigene Arbeit sollte man das auf dem Schirm haben.
- Netzwerke des gemeinnützigen Sektors aufbauen.
- Gibt es eine Plattform, auf der alle Akteure auf Augenhöhe kommunizieren können?
- Bedeutung und Möglichkeiten von kleineren Einheiten erkennen.
- Gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden diskutieren: wie können wir Barrieren abbauen und neue Formen für Bürgerschaftliches Engagement entwickeln?
- Die Motivation der anderen verstehen!

Was nehmen wir mit?

- Perspektivwechsel ist wichtig.
- Politik überzeugen.
- Querschnitt definieren, interne Kommunikation sichern.
- Strukturen ändern.
- Definieren, worüber man spricht.
- Vom „Sonntags- zum Werktagsthema“.
- Bürgerschaftliches Engagement als strategisches Element verstehen.
- Deutlich machen, welchen Stellenwert Bürgerschaftliches Engagement für die Kommune hat.
- Bürgerschaftliches Engagement schafft Sozialkapital und ist weicher Standortfaktor.
- Es gibt noch viel zu tun!

35%

der Menschen in NRW
engagieren sich

Workshop 3

Landkreise im Fokus

Rolle und Möglichkeiten von Kreisverwaltungen in der Engagementförderung

Impuls: Madita Fischer, Kreis Lippe

Moderation: Reiner Limbach, Landkreistag NRW

Dokumentation: Andrea Hankeln, Ministerium für Familie, Kinder, Jugend Kultur und Sport des Landes NRW

Der Kreis Lippe sieht die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements als weichen Standortfaktor an.

Im Jahr 2008 wurde daher ein Ehrenamtsbüro als Stabsstelle beim Landrat eingerichtet. Zu dessen Aufgaben gehören:

- Anerkennung des Ehrenamts z.B. durch den Lippischen Ehrenring und die Ehrenamtskarte NRW
- Beratung und Vermittlung
- Ehrenamtsakademie
- Ehrenamtsbörse
- Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Projekte (z.B. „Lippisches Forum Ehrenamt“, Wirtschafts- und Sozialraumkonferenz)

Präsentation: siehe Anlage





Nachfragen gab es zu der Ehrenamtsbörse, vor allem inwiefern sie eine Konkurrenz zu den Freiwilligenagenturen darstellt. Die Ehrenamtsbörse ist ein digitales Angebot. Neben der Möglichkeit für Vereine, ihre Engagementangebote einzustellen, kann dort auch eine direkte Vermittlung stattfinden. Die Nachfrage ist aber auf beiden Seiten (noch) eher gering. Das könnte an dem (bisher noch) mangelnden Bekanntheitsgrad liegen, vielleicht hat es aber auch andere Ursachen.

Verhältnis Kreis – Kommune

Es wird die Frage der Konkurrenz diskutiert. Die TeilnehmerInnen sind sich einig, dass der Kreis keine Parallelstrukturen aufbauen, sondern die kommunalen Strukturen ergänzen sollte. Es sei ein Serviceangebot mit solchen Leistungen sinnvoll, die die einzelnen Kommunen nicht einbringen können. So werde es zu einem Zugewinn für die Kommunen.

Dieses Handeln sei auch eine Art Marketing für den Landkreis. Auch die Bürgermeisterkonferenzen sollten genutzt werden, um das Thema Bürgerschaftliches Engagement zu erörtern und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in dem Bereich zu eruieren.

Im Themenfeld Bürgerschaftliches Engagement machen sich mehr und mehr Städte und Gemeinden auf den Weg, ihre eigene Strategie, eigene Maßnahmen zu entwickeln. Es sei daher jetzt der richtige Zeitpunkt für die Kreise, Angebote für die Städte und Gemeinden zu entwickeln

Fazit

Ein Kreis braucht ein Leitbild für Bürgerschaftliches Engagement, eine Abstimmung mit den kreisangehörigen Kommunen ist unbedingt notwendig.

”

Wer wirklich qualitativ mehr Engagement fördern will, muss bereit sein, neue Wege zu gehen und Engagement anders zu denken.

Sebastian Beck und Stefanie Gutknecht, vhw, Aus: Zukunftsfaktor Bürgerengagement, 2013

Workshop 4

Engagement in den Medien

Tipps und Tricks zur Öffentlichkeitsarbeit

Moderation: Marielle Erb und Julia Freund,
neues handeln

Dokumentation: Karina Conconi, Ministerium
für Familie, Kinder, Jugend Kultur und Sport
des Landes NRW

In der Vorstellungsrunde der TeilnehmerInnen wurde deutlich, dass viele eher negative Erfahrungen im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gemacht haben.

So wurde formuliert, dass trotz Werbung keine Resonanz kam oder Projekte nicht abgerufen wurden. Weiterhin wurde genannt, dass Journalisten meist einen druckfertigen Text erwarteten oder Materialien die Bürgerinnen und Bürger nicht ansprechen.

Als positive Erfahrung wurde auf die direkte Ansprache von Ehrenamtlichen verwiesen oder auf die Nutzung der neuen Medien/ sozialen Netzwerke.



31-45

-Jährige sind die Altersgruppe mit der höchsten Engagementquote

Es wurde ein Beispiel benannt, bei dem Werbung für ein sehr schönes Projekt des Kinderschutzbundes gemacht wurde, dieses aber kein Echo in der Presse fand. Es wird vermutet, dass – wie in diesem Fall – durch aktuelle „Sensationsmeldungen“ eher „weiche“ Themen schnell verdrängt werden.

Eine Teilnehmerin berichtete, dass ein Informationsflyer in verschiedene Sprachen übersetzt wurde. Allerdings musste festgestellt werden, dass ein großer Anteil der Zielgruppe nicht lesen konnte, daher also auch die Übersetzung nicht zielführend war.

Viele weitere TeilnehmerInnen aus Kommunen berichteten, dass sie grundsätzlich Schwierigkeiten hätten, die Presse zu mobilisieren, einen entsprechenden Artikel einzustellen bzw. vor Ort zu erscheinen. Es wurde angeregt, „Promis“ zu gewinnen – das klappe immer. Zudem sei eine persönliche Ansprache der Zielgruppe sinnvoll. Bei der Erstellung von Öffentlichkeitsmaterial sollte die Zielgruppe um ihre Meinung befragt werden.

Es wurde vorgeschlagen, einen weiterführenden Austausch für Kommunen speziell zum Thema „Web 2.0“ anzubieten.

Anregungen aus dem Workshop siehe

- Monitor KJS (Anhang ist als Beleg rumgegangen)
- Präsentation (Anhang)



Workshop 5

Sichtbar machen

Wertschätzung und Bindung von Ehrenamtlichen

Impuls: Johannes Mehlmann, lagfa NRW

Moderation: Eva-Maria Antz,
Stiftung Mitarbeit

Dokumentation: Henning Mevenkamp,
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend
Kultur und Sport des Landes NRW



Impulsreferat: Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (lagfa) NRW ist ein Zusammenschluss von Freiwilligenagenturen. Davon gibt es 128 in NRW in unterschiedlichster Trägerschaft. Die lagfa vernetzt diese unterschiedlichen Akteure.

In NRW engagiert sich rund ein Drittel der Bevölkerung, d.h. es gibt rund fünf Millionen Engagierte. Ein weiteres Drittel wäre grundsätzlich bereit, sich zu engagieren, aber wie, wo, wann und bei wem?

Engagement kann sehr vielfältig sein, Agenturen haben ein breit gefächertes Angebot, bieten Qualifizierung und Beratung und schaffen ein „engagementfreundliches“ Klima z.B. in der Politik.

Die häufigsten Motive, warum sich Menschen engagieren:

- Spaß an Tätigkeit
- Hoffnung auf Dank
- Das Gefühl, gebraucht zu werden
- Soziale Kontakte
- Strukturiert den Tag
- Nutzt der eigenen „Fortbildung“

Was erwarten also die Engagierten von ihrer Tätigkeit, ihrem Umfeld?

- Wertschätzung (z.B. persönlich oder durch Ehrenamtskarte)

- Dank und (öffentliche) Wahrnehmung
- Teilhabe, Einfluss und Verantwortung
- Transparenz

Wie geht das?

- Ehrenamtskarte (Anerkennung, kaum Aufwand, öffentlichkeitswirksam)
- Kleine Aktionen für Ehrenamtliche
- Zusammenarbeit mit Unternehmen zur Ehrung und Freistellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- Vernetzung und Begleitung durch Ehrenamtsagentur

Ergebnisse der Diskussion:

Strategische Verantwortung

- Rahmenbedingungen für Beteiligung ausbauen
- Trägerstrukturen unterstützen
- Vernetzung und Begleitung durch Ehrenamtsagentur
- Qualifizierung zum Umgang mit Ehrenamtlichen anbieten
- Organisationen beraten
- „Kümmerer“ werden

Vielfalt der Möglichkeiten

- Events speziell für Ehrenamtliche
- Fortbildungen für Ehrenamtliche
- Ehrenamtspreise
- Tag des Ehrenamtes
- Platz für Visionen lassen
- Förderfonds für Anerkennung



”

Bürgerschaftliches Engagement ist Grundlage und zugleich Zukunftsfaktor der heutigen Gesellschaft.

Prof. Dr. Ralph Bergold, Direktor des Katholisch-Sozialen Instituts, Aus: Zukunftsfaktor Bürgerengagement, 2013

Impressum

Herausgeber

**Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur
und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen**
Referat Bürgerschaftliches Engagement,
Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen,
Bundesfreiwilligendienst

Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf

Telefon: 0211 837-02
info@mfkjks.nrw.de
www.mfkjks.nrw.de

Fotos

Kolja Matzke

Redaktion, Layout und Satz

neues handeln GmbH
Lindenstraße 20, 50674 Köln
www.neueshandeln.de

